

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal am Mittwoch  
Sonntagen (Ausgabe am Abend vorher)  
Bezugspreis wird monatlich schiefgestellt.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die  
Briefträger, die Zeitungsstellen und die  
Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-  
störung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lie-  
ferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Milli-  
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-  
halb während 7 Goldpfennig, für Anzeigen im  
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Beilagenblatt  
15 Goldpfennig, einschließlich Schmiergeld  
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag  
vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs  
werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsakt.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Nr. 44.

Mittwoch, den 3. Juni 1925.

28. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Deutsche Reichsbahnverwaltung in München wurde unter Teilnahme von Vertretern der Reichsregierung eröffnet.
- Zur Kaufmännischen Konferenz der Rheinländer gibt die Deutsche Reichsbahn folgende Pressemitteilung:
- Die neue Geschäftsordnung im Reichsland Sachsen, die ein stärkeres Aufsichtsrecht des Staates über die Gemeinden bringt, ist endlich angenommen.
- Die Magdeburger Aufstellung wird wahrscheinlich bis Mitte Juni verlagert.
- Ein deutsch-französisches Abkommen über die Regelung des gegenseitigen Zuzwangs ist unterzeichnet worden.
- Zu der französischen Kammer endete die große Marokkodebatte mit einem Vertrauensvotum für die Regierung Painlevé.

## Entwaffnungsnote in Berlin.

Berlin, 1. Juni.

Der Sitzung der Vorkonferenz in Paris wohnte Marschall Foch und der Oberbefehlshaber des besetzten Rheinlands, General Delfosse, bei. Die Vorkonferenz hat den vorher vereinbarten Text für die Mitteilung an Deutschland einstimmig genehmigt. Der Inhalt dieser Mitteilung wird streng geheim gehalten. Ein Spezialkurier mit der Mitteilung und den Anlagen ging nach Berlin ab. Die Ausrückung an den Reichsmitteln des Ansehens wird voraussichtlich Mittwoch vormittag durch die Verbindeten Boten in Berlin erfolgen. Die Mitteilung wird alsbald veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Anlagen, d. h. des Auszuges aus dem Bericht der internationalen Militärkontrollkommission, wird voraussichtlich Donnerstag erfolgen.

Die Mitteilung der Verbindeten an Deutschland zur Entwaffnungsfrage besteht aus dem französischen amtlicher Seite aus einer 2 Seiten langen Stollentworte und zwei Anlagen. Anlage 1 enthält die Detailangaben über den Stand der deutschen Abrüstung und zählt die Maßnahmen auf, die Deutschland getroffen hat, damit die Versailles Entwaffnungsbestimmungen erfüllt werden können. Anlage 2 enthält die Feststellung, daß Deutschland laut Feststellung der Reparationskommission allen Verpflichtungen nachkommt.

## Räumung von Düsseldorf, Duisburg u. Ruhrort.

Paris, 1. Juni.

Die Feststellung der Reparationskommission, daß Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen voll nachzukommen ist, wird, wie man von amtlicher Seite erfährt, in absehbarer Zeit die Räumung der im Frühjahr 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zur Folge haben. Die Wegung der drei Anlagen und Ruhrort, hat mit der Feststellung der Reparationskommission jede rechtliche Grundlage verloren, und die französische Regierung soll sich bereits bereitwillig zu der Räumung dieser Städte bereit erklärt haben. Wie bekannt ist die Wegung des Ruhrgebietes wird die Zurückziehung der französischen Truppen aus den drei Städten allerdings erst für die zweite Hälfte August in Aussicht genommen.

## Am die Räumung Kölns.

Paris, 1. Juni.

Die Agentur Havas glaubt mitteilen zu können, daß die Räumung von Köln, die die Vorkonferenz in der Entwaffnungs- und Räumungsfrage beschlossen hat, folgendes enthält: 1. Eine Aufstellung der von Deutschland erfüllten militärischen Pflichten des Versailler Vertrages, zusammengefaßt auf Grund des Berichtes der Militärkontrollkommission, 2. Die Liste der militärischen Anlagen, die Deutschland nicht erfüllt hat, 3. Die Aufzählung der notwendigen Verpflichtungen, deren Ausfüllung die Militärkontrollkommission zu überwachen haben wird, 4. Das Verzeichnis der durch die Militären in militärischer Beziehung früher genannten Konventionen.  
Havas sagt weiter: Die Note der Vorkonferenz wird spezifizieren, daß die Räumung der Kölner Zone vorgenommen wird, sobald Deutschland die geforderten Verpflichtungen erfüllt hat.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Staatschiffe für die Seemassegehilfen am Rhein.  
Die preussische Staatsregierung hat die Einrichtung einer staatlichen Hilfskommission angestrebt, die durch das

Januarerhöhungsmaß in der Regierungsbezirk Köln und Düsseldorf beschließen und zu diesem Zweck dem Oberpräsidenten in Koblenz, der mit der Durchführung der Hilfsaktion beauftragt worden ist, den Betrag von 200 000 Mark zur Verfügung gestellt. Auch die für das Hilfsgebiet in Betracht kommenden anderen und weiteren Kommunalverbände werden Geldmittel für die Hilfsmaßnahmen bereitstellen.

## Preussischer Städtetag und Gemeindeaufwertung.

In der Vorhändlung des Preussischen Städtetages wurde beschlossen, an den Reichstag eine Eingabe in der Aufwertungsfrage zu richten. In letzter Stunde, so heißt es darin, erhebt der Preussische Städtetag noch einmal seine warnende Stimme gegen den Versuch, die in jüngster Zeit aufgetauchten Pläne ernstlich zu verwirklichen. Insbesondere widerpricht er nachdrücklich der Absicht, Gemeindeanteile anders zu behandeln als Reichs- und Staatsanteile, den nachteilig in einwandfreier Form nicht löslichen, für den Kredit der betroffenen Gemeinden verhängnisvollen Vorschlag, die Anteile der verschiedenen Gemeinden verschieden zu behandeln, vor allem den für jeden Sachdingen unmöglichen Vorschlag, Schuldscheine anders zu behandeln als Obligationen. Er ermahnt den Reichstag auf dringende, diese abwegigen Pläne aus den weiteren Verhandlungen zu tun und eine als zu vermeiden.

## Annahme der neuen fächlichen Gemeindeordnung.

Der Sächsische Landtag hat in dritter Lesung die neue fächliche Gemeindeordnung angenommen. Die Novelle bringt gegenüber der jetzigen Gemeindeordnung von 1923 eine Erweiterung der Staatsaufsicht über die Gemeinden, indem sie das bisherige Einspruchsrecht des Staates gegenüber der Gemeindebesetzung in ein Genehmigungsrecht umwandelt. Ebenso erhält in den Städten, die einen korporationsfähigen Stadtrat besitzen, dieser wieder das Zustimmungsgesetz bei der Einbringung neuer Gesetze, während er nach der jetzigen Gemeindeordnung nur ein Einspruchsrecht hatte. Das Gemeindeverordnungsrecht, das bisher bei jeder Gelegenheit in Anspruch genommen werden konnte, wird auf die bedeutendsten Punkte beschränkt. Ein internationaler Antrag auf ein Ministrenvotum gegen den sächsischen Innenminister wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

## Der Potsdamer Flaggenschnitt.

Das preussische Oberverwaltungsgericht hat die Entscheidung des Bezirksausschusses in der Potsdamer Flaggenschnittfrage bestätigt. Es handelt sich um den Beschluß des Potsdamer Magistrats vom 3. August v. J., der die Beflaggung der Potsdamer öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben ablehnte und dem vom Oberbürgermeister auf Anweisung des preussischen Innenministeriums beanstanden worden war. Der Bezirksausschuss hatte sich dem Standpunkt des Magistrats angeschlossen, da das Flaggenschnitt an öffentlichen Gebäuden eine förmliche und keine faktische Angelegenheit sei. Das Oberverwaltungsgericht tritt diesem Standpunkt bei.

## Großbritannien.

England und der Sicherheitspakt. Der englische Vorkonferenz in Paris hat dem französischen Außenminister Briand eine Note überreicht, die die Bemerkungen der englischen Regierung zu dem ihr mitgeteilten Entwurf der französischen Antwort auf das deutsche Garantienangebot enthält. Die von Frankreich entwickelten Gehaltengänge haben in zahlreichen Punkten die Zustimmung des englischen Kabinetts gefunden, insbesondere die französische Auffassung, daß der Garantiepakt unter keinen Umständen zu einem Bündnis für Frankreich werden würde, gegebenenfalls seinen politischen und internationalen Verbindungen zu Hilfe zu kommen. Dagegen lehnte England jede Garantie für die Dignität ab.

## Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident ist, von Hannover kommend, wieder in Berlin eingetroffen.  
Breslau. Der hiesige Bahndirektor, dem als ehemaligen Angehörigen die Ausübung seiner Tätigkeit auf Widerruf gestattet war, ist durch Verfügung des Vorkonferenz Delegierten der Internationalen Rheinlandkommission nach einmonatiger Tätigkeit seines Amtes wieder entlassen worden.  
Stockholm. Im schwedischen Ministerium des Äußeren wurde ein deutsch-schwedisches Abkommen betreffend die vorläufige Regelung des Luftverkehrs zwischen Schweden und Deutschland unterzeichnet.

## Widerung des Personalabbaus.

Berlin, 1. Juni.

Saltantisch wird gemeldet: Wie bekannt, hat die Reichsregierung stets die Absicht gehabt, die durch die

Vertragsverletzung gewährleisteten hoheitlichen Rechte der Beamten, die durch die Personalabbauregung aus der Not der Zeit heraus eingegriffen werden mußten, wiederherzustellen, soweit und sobald die Verhältnisse es gestatteten. Dies war bei Einbringung der Novelle zur Personalabbauregung im Januar-Februar d. J. noch nicht möglich. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse zum Gunsten der Beamten so verändert, daß es der Reichsregierung angängig erscheint, gewisse weitere Maßnahmen in der Handhabung der Personalabbauregung eintreten zu lassen. Die Reichsregierung hat sich daher in Übereinstimmung mit den sie stützenden Parteien des Reichstages entschlossen, auf eine Weiterverfolgung des dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurfs zu verzichten und eine neue Gesetzesvorlage einzubringen, die in mannigfacher Hinsicht den Wünschen der Beamten weiter entgegenkommt. In erster Reihe sollen die Abbaubestimmungen aufgehoben sowie Verbesserungen auf personenspezifischem Gebiet vorgenommen werden.

## Keine neue Inflation.

Eine Auslassung der Reichsbank.

Auf eine vom Verband sächsischer Industrieller bei der Reichsbank gestellte Anfrage, ob die immer wieder auftauchenden Gerüchte über eine angeblich bevorstehende zweite Inflation eine Grundlage in den Verhältnissen hätten, teilt das Reichsbankdirektorium folgendes mit: Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflationären Charakter annehme, ist in der Tat immer stärker einsetzenden Lohn- und Preisbewegungen, die nur durch eine Selbstentwertung zu erklären seien, ihmweilen sollten, erscheint uns als unwahrscheinlich. Es sind allerdings im Herbst vorigen Jahres, ebenso auch zu Beginn des laufenden Jahres auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Diese Bewegungen stellen aber keineswegs nur eine inflationäre Sonderentwicklung dar, sondern stehen im Zusammenhang mit der Preisbildung am Weltmarkt und sind, soweit die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Gestaltung der Indexziffer beeinflussen, auch durch den schlechten Ausfall der deutschen Ernte des letzten Jahres mit bedingt. Die Schwankungen des Preisniveaus berechtigen daher durchaus nicht ohne weiteres zu dem Schluß, daß hierbei Kaufkraftveränderungen auf der Geldeite vorliegen.

## Vertrauensvotum für Painlevé.

Die französischen-parlamentarischen Verhandlungen.

Die Marokkodebatte in der französischen Kammer schloß mit einem Vertrauensvotum für das Kabinett Painlevé. Und zwar stimmten 537 Abgeordnete für und 29 Abgeordnete gegen das Kabinett. Auch die Sozialisten, die eigentlich Stimmhaltung ablehnen wollten, drückten Painlevé ihr Vertrauen aus, nachdem die Vertragsformel etwas geändert und in ihr zum Ausdruck gebracht wurde, daß die französische Regierung keine Eroberungsabsichten in Marokko habe und dort einen baldigen Frieden beschließen werde.

Der Abstimmung voraus ging noch eine Debatte, in der zunächst der nach Madrid entandene französische Unterhändler einen kurzen Bericht über seine Verhandlungen mit Spanien gab. Er versicherte, in Madrid sei nur über ein eventuelles Zusammenwirken Frankreichs und Spaniens zur Wiederherstellung des Friedens gesprochen worden. Abd-el-Krim sei es gelungen, Frankreich und Spanien vorübergehend zu trennen. Die sichere Gewähr für die Wiederkehr des Friedens sei aber offenbar eine Wertschätzung aus zwischen den beiden Ländern. Der französische Außenminister Briand gab noch einmal die Versicherung ab, daß Frankreich einen Frieden von Dauer wolle, der auf festen Vereinbarungen ruhe. Sobald das Abkommen mit Spanien abgeschlossen sein wird, werde sich die Regierung bemühen, die Feindseligkeiten zunächst durch einen Waffenstillstand zu beenden, dem dann der Frieden folgen soll.

## Beginn des Deutschen Rundfluges.

Berlin, 1. Juni.

Der vom Aeroklub von Deutschland veranstaltete Rundflug nach dem Zentralflughafen von Berlin aus seinen Anfang. Von 9 Flugzeugen, die sich zu diesem Wettbewerb gemeldet hatten, erhoben sich in den frühen Morgenstunden 51 Maschinen in die Luft, um den ersten Schleifenflug über Schwerin, Hamburg, Bremen, Münster, Kassel, Magdeburg nach Berlin zurückzuführen. Eine vielstündige Besprechungsversammlung hatte





# Schützenfest in Annaburg am 14., 15. u. 16. Juni.

## Aufgebot.

Der Arbeiter **Hermann Schumann** in Leben, Kreis Torgau, vertreten durch Rechtsanwalt **Bogt in Annaburg**, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die für den **Obermeister Carl Sandrich** in Berlin, im Grundbuche von Leben Band V Blatt 86 in Abteilung III unter Nr. 1 eingetragenen Darlehenshypothek von 750 Mk. nach der Urkunde vom 8. September 1881, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **25. November 1925 mittags 12 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht anderaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Preitin, den 2. Mai 1925.

Amtsgericht.

## Fenster und Türen, Möbel aller Art

in einfacher bis reichster Ausführung nach eigenen und gegebenen Entwürfen in **Qualitätsarbeit** empfiehlt

**Wilh. Kunze, Annaburg**  
Bau- und Möbelfacherei, Sarg-Magazin.

## Zum Sängerefeste

empfehle: **Kranzinschriften** (Sängerprüche etc.)

## Decorationsfähnchen

blau-weiß, schwarz-rot-gold, schwarz-weiß-rot, sowie **Krepp-Papiere** in allen Farben.

**Herm. Steinbeiss.**

## Zahn-Atelier Georg Consentius

staatl. geprüfter Dentist  
Annaburg, Forganerstr. 31  
Telefon Nr. 23

empfehle ich zur **Behandlung aller Zahnkrankheiten**, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit **Reinigung**, jede Art künstl. Zahnersatzes  
Behandlung für **Krankentassen**.  
Sprechstunden täglich 9-3 Uhr.

## Marken-Räder

Diamant • Opel  
Brennabor • W. K. C.  
unterhalte große Auswahl.

Teilzahlung gestattet!

Ferner empfehle meine  
**Emallieranstalt** und  
**Reparatur-Werkstatt.**

**Fritz Rödler, Markt 20**  
Fernruf Nr. 53.

**Polizeiliche An- und Abmeldescheine** Spielfarten  
sind vorrätig in der Buchdruckerei **H. Steinbeiß**, empfiehlt **H. Steinbeiß**.

## Kalksandsteine

(weiße Mauersteine)

ab unser Werk in Jessen oder frei Baustelle kurzfristig lieferbar. Der Kalksandstein zeichnet sich aus durch niedrigen Preis, länderes Format 25x12x6 1/2, trockenes Mauerwerk und daher gesunde Wohnungen. **Bestmöglichst** zugelassener Baustein.

Tagespreis **32 R.-M. pro 1000 Stk.** ab Werk, frei Waggon

**Zahn'sche Bauindustrie Jessen**

Abteilung: **Garsteinwerk**  
Telephon: Jessen, Bez. Halle 49 (56).

## Männer-Gesang-Verein Annaburg.

Sonnabend, den 6. und Sonntag, den 7. Juni 1925  
findet hierorts das

## 2. Bezirks-Sängerefest

des Bezirks Torgau in Leipziger Gau  
des Deutschen Sängerbundes  
verbunden mit der

## Fahnenweihe

des Männer-Gesang-Vereins Annaburg statt.

Sonnabend, abends punkt 8 Uhr im Goldenen Ring:

## Großes Konzert.

Mitwirkende: Männer-Gesangverein Torgau mit Kaiser-Quartett,  
Bürger-Gesangverein Charlottenburg, Männer-Gesangverein  
Annaburg und die Rohrsche Kapelle.

Anschließend: **Kommers.**

Sonntag: 8-9, 10-11 Uhr: **Früh-Konzert** (Waldbühnen)

Nachm. 1 Uhr: **Festzug** (Antreten am Waldbühnen).

2 Uhr: **Festakt und Fahnenweihe.**

„ 3-6 Uhr: **Massen- und Einzel-Chöre.**

Von 8 Uhr ab: **Ball** im Goldenen Ring.

Zu reger Beteiligung ladet ergebenst ein

**Der Vorstand.**

## Kreis-Landbund

Ortsgruppe Annaburg.

Freitag, den 5. Juni, abends

## 8 1/2 Uhr im „Siegestrang“ Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kenntnisnahmen. 2. Besondere Steuerfragen.  
Alle Mitglieder wollen erscheinen.

**Der Vorstand.**

## Bürger-Schützen-Verein.

Donnerstag, den 4. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr

## Monatsversammlung

bei Kam. Dämmchen.

Das Erscheinen aller Mitglieder zu dieser Versammlung - der letzten vor dem Fest - ist verbindlich.

**Der Vorstand.**

## Hektographenblätter

zu haben bei **Steinbeiß.**

## M.-G.-V.

Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr

## Hauptprobe.

Damen 7 1/2 Uhr.

Vollständig und pünktlich erscheinen.

## S.-K.v.R.K.

Donnerstag 8 Uhr

## Aufzug.

Pünktlich erscheinen!

## Meine Spezial-Abteilung

## Berufskleidung

bringt in großer Auswahl:

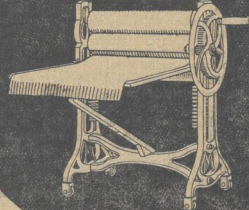
Schlosserjacken :: Schlosserhosen  
Maurerjacken, Maurerhosen  
Arbeitshosen u. s. w.

in nur prima Qualitäten und äußersten Preisen.

**Carl Quehl, Annaburg.**

## Original Miele

Die Qualitätsmangel



## Mielewerke

Aktiengesellschaft

Größte Spezialfabrik Deutschlands

**Gütersloh i. Westf.**

Zweigfabrik Bielefeld

## Kleiderstoffe

in Mousseline, Blandrud und Gingham,  
Damenhemden, Prinzjerode,  
Beinkleider, Schlüpfer, Korsetts,  
Damen- und Kinderstrümpfe,  
Taschentücher, Betttücher, Schürzen  
Einfachhemden, Oberhemden,  
Raffo-Hemden und Hosen,  
Chemisettis, Selbstbinder, Sport-  
hemden, Hosenträger, Socken,  
Ranfscheiter und Pilothesen,  
Sommerjoppen

in guten Qualitäten. :: Billige Preise.

**Geb. Schimmeyer,**  
Annaburg.

## Das Neueste in Kleiderstoffen!

Baumwoll-Mousseline, Meter von 0.75 M. an  
Wollmousseline m 3.00 M. | Waidseide m 2.50 M.  
Wollkrepp " 2.75 " | Crep marocain 4.50 "  
Crep de chine m 7.50 M.

## Großer Schlager in Damen-Mäntel und Kostümen!

Damen-Mäntel von 6.- M. an, bis zu den Elegantesten  
Kostüme auf Futter von 16. M. an

Röcke :: Blusen :: Kasaks :: Kleider  
Herren-Gummimäntel :: Kinder-Anzüge  
Einsatzhemden, prima Qualität 2.75 M.

Oberhemden

Damen- und Kinder-Wäsche aller Art.

Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster!

**E. Peschke, Akerstr./Ede Friedhofsstr.**

Redaktion, Druck und Verlag von **Herm. Steinbeiß, Annaburg**

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal am Mittwoch  
Sonabend (Ausgabe am Abend vorher).  
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die  
Vertriebsstellen, die Zeitungsboten und die  
Geschäftsstelle, Lergauerstr. 8, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-  
störung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lie-  
ferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Antliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühren betragen für den 1. Milli-  
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-  
halb Wohnort 7 Goldpf., für Anzeigen im  
amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil  
15 Goldpf., einschl. Umklesteuer, Schwelger-  
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag  
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs  
werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehold.

Preisdruck-Anschluss Nr. 24.

Nr. 44.

Mittwoch, den 3. Juni 1925.

28. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Deutsche Verkehrsausstellung in München wurde unter Teilnahme von Vertretern der Reichsregierung eröffnet.
- Zur Lausener Jahrestagung der Rheinlande gibt die Deutsche Reichspost besondere Freimarken aus.
- Die neue Gemeindeordnung im Freistaat Sachsen, die ein härteres Ausschreibungsrecht des Staates über die Gemeinden bringt, ist endlich angenommen.
- Die Magdeburger Zudenstiftung wird wahrscheinlich bis Mitte Juni veräußert.
- Ein deutsch-schwedisches Abkommen über die Regelung des gegenseitigen Zinsverkehrs ist unterzeichnet worden.
- In der französischen Kammer endete die große Marokko-debatte mit einem Vertrauensvotum für die Regierung Painlevé.

## Entwaffnungsnote in Berlin.

Berlin, 1. Juni.

Der Sitzung der Vorkommissionen in Paris wohnte Marschall Foch und der Oberbefehlshaber des besetzten Rheinlands, General Desfarges, bei. Die Vorkommissionen hatten den vorher vereinbarten Text für die Mitteilung an Deutschland einmütig genehmigt. Der Inhalt dieser Mitteilung wird streng geheim gehalten. Ein Spezialkurier mit der Mitteilung und den Anlagen ging nach Berlin ab. Die Überreichung an den Reichsminister des Innern wird voraussichtlich Mittwoch vormittag durch die verbundenen Vorkommissionen in Berlin erfolgen. Die Mitteilung wird alsbald veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Anlagen, d. h. des Ausganges aus dem Berichte der Internationalen Militärkontrollkommission, wird voraussichtlich Donnerstag erfolgen.

Die Mitteilung der Verbündeten an Deutschland zur Entwaffnungsfrage besteht laut Auskunft von französischer amtlicher Seite aus einer 5 Seiten langen Kollektivnote und zwei Anlagen. Anlage 1 enthält die Detailangaben über den Stand der deutschen Abrüstung und zählt die Maßnahmen auf, die Deutschland getroffen hat, damit die Verfallenen Entwaffnungsbestimmungen für erfüllt gelten können. Anlage 2 enthält die Festlegung, daß Deutschland laut Bestimmung der Reparationskommission allen Verpflichtungen nachkommt.

## Räumung von Düsseldorf, Duisburg u. Ruhrort.

Paris, 1. Juni.

Die Feststellung der Reparationskommission, daß Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen voll nachgekommen ist, wird, wie man von unterrichteter Seite erfährt, in absehbarer Zeit die Räumung der im Herbst 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zur Folge haben. Die Befehle der drei Weisen- und Militärbehörden, hat mit der Feststellung der Reparationskommission jede rechtliche Grundlage verloren, und die französische Regierung soll sich bereits prinzipiell zur Räumung dieser Städte bereit erklärt haben. Mit Rücksicht auf die Befehle des Besatzungsgebietes wird die Zurückführung der französischen Truppen aus den drei Städten allerdings erst für die zweite Hälfte August in Aussicht genommen.

## Am die Räumung Kölns.

Paris, 1. Juni.

Die Agentur Habas glaubt mitteilen zu können, daß die Note, die die Vorkommissionen in der Entwaffnungs- und Räumungsfrage beschlossen hat, folgendes enthält: 1. eine Aufforderung der von Deutschland erfüllten militärischen Klauseln des Versailles Vertrags, zusammengefaßt auf Grund des Berichtes der Militärkontrollkommission, 2. die Liste der militärischen Klauseln, die Deutschland nicht erfüllt hat, 3. die Aufzählung der notwendigen Bedingungen, deren Befriedigung die Militärkontrollkommission zu überwachen haben wird, 4. das Verzeichnis der durch die Artillerien in militärischer Beziehung früher gemachten Requisitionen.

Habas sagt weiter: Die Note der Vorkommissionen wird spezifiziert, daß die Räumung der Rhine Zone vorgenommen wird, sobald Deutschland die geforderten Bedingungen erfüllt hat.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Staatshilfe für die Hochwasserbeschädigten am Rhein.  
Die preussische Staatsregierung hat die Einrichtung einer staatlichen Notstandsaktion zugunsten der durch das

Notwasserbeschädigten in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf beschließen und zu diesem Zweck dem Oberpräsidenten in Koblenz, der mit der Durchführung der Notstandsaktion beauftragt worden ist, den Betrag von 200 000 Mark zur Verfügung gestellt. Auch die für das Notstandsgebiet in Betracht kommenden anderen und weiteren kommunalverwaltenden Geldmittel für die Notstandsmaßnahmen bereitstellen.

## Preussischer Städtetag und Gemeindeaufwertung.

In der Vorlandbesitzung des Preussischen Städtetages wurde beschlossen, an den Reichstag eine Eingabe in der Aufwertungsfrage zu richten. In letzter Stunde, so heißt es darin, erhebt der Preussische Städtetag noch einmal seine warnende Stimme gegen den Versuch, die in jüngster Zeit aufgetauchten Pläne ernstlich zu verwirklichen. Insbesondere widerpricht er nachdrücklich der Absicht, Gemeindeanleihen anders zu behandeln, als Reichs- und Staatsanleihen, was praktisch in einwandfreier Form nicht lösbar, für den Kredit der betroffenen Gemeinden verhängnisvollen Vorschlag, die Anleihen der verschiedenen Gemeinden verschieden zu behandeln, vor allem für jeden Sachfälligen unmöglichen Vorschlag, Schuldscheinanleihen anders zu behandeln als Obligationen. Er erregt den Deutschen Reichstag aufs dringende, diese abwegigen Pläne aus den weiteren Verhandlungen zu tun und auszuschließen.

Der Reichsminister hat in seiner letzten Sitzung die neue sachliche Gemeindeordnung angenommen. Die Novelle bringt gegenüber der jetzigen Gemeindeordnung von 1923 eine Erweiterung der Staatsaufsicht über die Gemeinden, indem sie das bisherige Einpruchsrecht des Staates gegenüber der Gemeindegesetzgebung in ein Genehmigungsrecht umwandelt. Ebenso erhält in den Städten, die einen forderfähigen Stadtrat besitzen, dieser wieder das Zustimmungswort bei der Einbringung neuer Beschlüsse, während er nach der jetzigen Gemeindeordnung nur ein Einspruchsrecht hatte. Das Gemeindeverordnungsrecht, das bisher bei jeder Gelegenheit eingeholt werden konnte, wird auf die bedeutendsten Punkte beschränkt. Ein linkssozialistischer Antrag auf ein Trauensvotum gegen den sachlichen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

## Der Potsdamer Flaggentouren.

Das preussische Oberverwaltungsgericht in der Entscheidung des Bezirksausschusses in der Potsdamer Flaggentour besagt, daß es sich um eine Besetzung der Potsdamer städtischen Gebäulichkeiten handelt, und der vom Oberbürgermeister der Potsdamer Gemeindefürsorgekommission in der Besetzung der Potsdamer städtischen Gebäulichkeiten auf städtischen Gebäuden eine städtische und städtische Angelegenheit sei. Das Oberverwaltungsgericht hat diesen Standpunkt bei.

## Großbritannien.

England und der Sicherheitsvertrag.  
Der englische Außenminister in Paris hat dem französischen Außenminister Briand eine Note überreicht, die die Ablehnung der englischen Regierung zu dem in der Note enthaltenen Entwurf der französischen Antwort auf das französische Garantieangebot enthält. Die von Frankreich entworfenen Garantien haben in zahlreichen Punkten die Zustimmung des englischen Kabinetts gefunden, insbesondere die französische Auffassung, daß der Garantievertrag unter Umständen zu einem Hindernis für Frankreich werden würde, gegebenenfalls seinen vollen und sofortigen Rücktritt zu veranlassen, ist von England abgelehnt worden.

## Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident ist, von Hannover kommend, wieder in Berlin eingetroffen.  
Oberstein. Der hiesige Vorkommissioner, dem als ehemaligen Vorkommissioner die Ausübung seiner Tätigkeit auf Widerruf verweigert war, ist durch Verfügung des Vorkommissioners Delegierter der Internationalen Militärkontrollkommission zum einmonatigen Aufenthalt seines Amtes wieder entlassen worden.  
Eisenbahn. Im sächsischen Ministerium des Innern wurde ein deutsch-schwedisches Abkommen betreffend die vorläufige Regelung des Zinsverkehrs zwischen Schweden und Deutschland unterzeichnet.

## Milderung des Personalabbaus.

Berlin, 1. Juni.

Galtmännlich wird gemeldet: Wie bekannt, hat die Reichsregierung ihre Absicht erachtet, die durch die

Reichsregierung gewährleisteten wahlberechtigten Rechte der Beamten, die durch die Personalabbauregung aus der Not der Zeit heraus eingekürzt werden müssen, wiederherzustellen, soweit und sobald die Verhältnisse es gestatten. Dies war bei Einbringung der Novelle zur Personalabbauregung im Januar-Februar d. J. noch nicht möglich. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse zugunsten der Beamten so verändert, daß es der Reichsregierung angängig erscheint, gewisse weitere Milderungen in der Handhabung der Personalabbauregung eintreten zu lassen. Die Reichsregierung hat sich daher in Übereinstimmung mit den sie stützenden Parteien des Reichstages entschlossen, auf eine Weiterverfolgung des dem Reichstag vorliegenden Gesetzesentwurfs zu verzichten und eine neue Gesetzesvorlage einzubringen, die in mannigfacher Hinsicht den Wünschen der Beamten weiter entgegenkommt. In erster Reihe sollen die Abbaubestimmungen aufgehoben sowie Verbesserungen auf personenspezifischem Gebiet vorgenommen werden.

## Keine neue Inflation.

Eine Auslastung der Reichsbank.

Auf eine vom Verband sächsischer Industrieller bei der Reichsbank gestellte Anfrage, ob die immer wieder auftretenden Gerüchte über eine angeblich bevorstehende zweite Inflation eine Grundlage in den Verhältnissen hätten, teilt das Reichsbankdirektorium folgendes mit: Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflationärspezifische Momente zeige, worauf die immer stärker einsetzende Lohn- und Preisbewegungen, die nur durch eine Geldentwertung zu erklären seien, hinweisen sollten, erscheint uns abwegig. Es sind allerdings im Herbst vorigen Jahres, ebenso auch zu Beginn des laufenden Jahres auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Diese Bewegungen stellen aber keineswegs nur eine innerdeutsche Sonderentwicklung dar, sondern stehen im Zusammenhang mit der Preisbildung am Weltmarkt und sind durch die Preise für landwirtschaftliche Produkte und die Preissteigerungen der Industrieerzeugnisse, die durch den Ausfall der deutschen Ernte bedingt sind, zu erklären. Die Schwankungen des Preisniveaus sind nicht ohne weiteres auf Kaufkraftveränderungen auf der

## Keine neue Inflation.

Die spanische Verhandlung.  
In der französischen Kammer des Vertrauensvotums für das Kabinett Painlevé hat die Regierung keine Entschlossenheit gezeigt, nachdem die Vertrauensvotum im Juni zum Ausdruck gebracht wurde. Die Regierung hat eine Entschlossenheit gezeigt, nachdem die Vertrauensvotum im Juni zum Ausdruck gebracht wurde.

Die spanische Verhandlung.  
In der französischen Kammer des Vertrauensvotums für das Kabinett Painlevé hat die Regierung keine Entschlossenheit gezeigt, nachdem die Vertrauensvotum im Juni zum Ausdruck gebracht wurde.

Die spanische Verhandlung.  
In der französischen Kammer des Vertrauensvotums für das Kabinett Painlevé hat die Regierung keine Entschlossenheit gezeigt, nachdem die Vertrauensvotum im Juni zum Ausdruck gebracht wurde.

## Beginn des Deutschen Rundfluges.

Berlin, 1. Juni.

Der vom Verbot von Deutschland veranlaßte Rundflug nahm vom Zentralflughafen von Berlin aus seinen Anfang. Von 91 Flugzeugen, die sich zu diesem Wettbewerb gemeldet hatten, erhoben sich in den frühen Morgenstunden 51 Maschinen in die Luft, um den ersten der Schiffe, die von Schwerin, Hamburg, Bremen, Münster, Kassel, Magdeburg nach Berlin zurückzuführen. Eine dreitausendköpfige Menschenmenge hatte

